



Pro Militia



Vereinigung ehemaliger und eingeteilter Angehöriger der Schweizer Armee
Association d'Anciens Militaires et de Militaires incorporés de l'Armée Suisse
Associazione di ex militari e di militari incorporati dell'Esercito Svizzero

Präsident: André Liaudat; Vizepräsidenten: Jean Abt, Simon Kuchler
Presidente Sezione della Svizzera Italiana: Angelo Polli – www.promilitia.ch

Medienmitteilung

31. Mai 2010

Nein zum Sicherheitspolitischen Bericht des Bundesrates

Die leitenden Organe von **Pro Militia** haben sich eingehend mit dem *Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz* (Entwurf vom 14. April 2010) auseinandergesetzt und ihre Vorbehalte an der Anhörung vom 25. Mai 2010 sowie in einer schriftlichen Stellungnahme bestätigt.

Fazit: Pro Militia empfiehlt dem Parlament „Nicht-Eintreten“ auf den Bericht in der bestehenden Fassung vom 14. April 2010.

Warum kommt Pro Militia zu dieser Beurteilung?

- 1. Pro Militia** stellt fest, dass der Bericht keine klare Strategie erkennen lässt und die **offensichtliche Zerrissenheit des Bundesrat in dieser fundamentalen Frage** widerspiegelt. So ist nicht klar, welchen Stellenwert die Wahrung der Unabhängigkeit und der Selbstbestimmung letztlich hat und welchen Preis der Bundesrat gewillt ist, dafür zu bezahlen. Oder soll doch eher Sicherheit im Rahmen internationaler Kooperation gesucht werden?
- 2. Pro Militia** befürchtet, dass der Bericht mit all seinen Widersprüchen bei ausländischen Regierungen ein sehr negatives Bild der Schweiz hinterlassen wird.
- 3. Pro Militia** stellt fest, dass der Bericht generell zeitlich viel zu kurz angelegt ist. Gerade für einen Kleinstaat ist es wichtig, dass die sicherheitspolitische Strategie nicht auf die Gegenwart und die nähere Zukunft, sondern auch auf die mittlere und weitere Zukunft ausgerichtet ist. Diese ausgreifende Komponente fehlt.
- 4. Pro Militia** beanstandet, dass der Bundesrat nicht unvoreingenommen an eine Neu-Beurteilung der sicherheitspolitischen Lage herangetreten ist, sondern den neuen Bericht ausgerichtet hat auf einen vorweggenommenen Bundesratsbeschluss vom 26. November 2008, in dem ohne nähere Lagebeurteilung beschlossen wurde, einen Plan zur unverzüglichen Reduktion des Bestandes der Armee angesichts der demographischen Gegebenheiten 2010 – 2015 auszuarbeiten. Die damals ohne vertiefende Grundlagen beschlossenen Grundsätze bezüglich Materialbewirtschaftung, Finanzen und internationaler Kooperation stellen eine einseitige Vorwegnahme punktueller sicherheitspolitischer Massnahmen dar ohne Basierung auf einer neuen umfassenden Lagebeurteilung. Die Bestandesprobleme sind primär

zu lösen durch Reduktion der Bestände der Einheiten und durch rigorose Behebung des gesetzeswidrigen Missbrauchs des Zivildienstes.

5. Pro Militia kritisiert, dass die Ausrichtung der militärischen Mittel zu sehr nur auf gegenwärtige und absehbare Bedrohungen erfolgt. Eine umfassende Sicherheitspolitik eines unabhängig sein wollenden Staates braucht für seine Verteidigungsbereitschaft auch eine ausgreifende Komponente, die berücksichtigt, dass die Rüstungsaufgaben weltweit noch immer im Steigen sind und die Lage im europahnen Balkan und im Nahen und Mittleren Osten keineswegs beruhigend ist. Niemand kann deren Weiterentwicklung voraussagen. Wer auf diese ausgreifende Komponente für die Armee verzichtet, setzt leichtfertig die Sicherheit seiner Enkel aufs Spiel. **Die Meinung, man könne bei steigender Bedrohung noch durch Aufwuchs eine gewisse Verteidigungsfähigkeit erreichen, ist zeitlich und finanziell eine Illusion.**

6. Pro Militia beanstandet, dass klare und eindeutige Aussagen über die Aufträge (neue Aufgaben) der Armee im Bericht fehlen und diese in einem besonderen Armeebericht festgehalten werden sollen. Wenn die Armee wirklich ein strategisches Mittel in der Hand des Bundesrates bleiben soll, gehört deren Ausgestaltung ebenso in den Sicherheitsbericht wie die umfassende Umschreibung der Aussenpolitik.

7. Pro Militia kritisiert die Feststellung, dass die sicherheitspolitischen Grundsätze der Bundesverfassung „teilweise lückenhaft“ seien und zunehmend „verfassungsrechtliche Fragen“ aufwerfen würden. **Pro Militia** beharrt auf der verfassungsmässigen Umsetzung der Armee-Aufträge ohne Wenn und Aber. Die geltenden Artikel der Bundesverfassung, welche die Sicherheitspolitik und die Armee betreffen, sind nicht zweitrangiges oder gar interpretierbares Verfassungsrecht.

8. Pro Militia beurteilt den Verzicht auf „Raumsicherung“ als falsch. Sie anerkennt die Zuständigkeit der Kantone im Bereiche der Inneren Sicherheit, stellt aber gleichzeitig fest, dass Bedrohungen denkbar sind (Grenzräume, Transversalen), die eine räumliche Sicherung über die Kantonsgrenzen hinaus notwendig machen. Mit dem Verzicht auf Raumsicherung verzichtet der Bundesrat voreilig auf den Einsatz seines strategischen Mittels Armee zur Wahrung der Inneren Sicherheit bei Lagen, welche die Kantone überfordern.

9. Pro Militia vermisst ein Kapitel über die **Finanzen** für die Landesverteidigung mit Vergleichs- und Verhältniszahlen einschliesslich europäische Länder. Es müssen die erforderlichen finanziellen Mittel aufgezeigt werden für die Mängelbehebung in Informatik und Logistik sowie für Betrieb, Unterhalt und Rüstungsbeschaffungen, insbesondere für den Tiger-Teilersatz. **Pro Militia** stellt sich gegen den weiteren Entzug von Finanzen der Armee durch das Konsolidierungsprogramm 2011-2013

Pro Militia erwartet, dass der Entwurf durch die Vernehmlassung massgebliche Korrekturen erfährt und eine Diskussion in der Öffentlichkeit über die künftige Strategie unseres Landes einsetzt. Diese betrifft letztlich alle Bürgerinnen und Bürger, nicht nur die Politiker.

Für Rückfragen: André Liaudat, Präsident Pro Militia 026 322 76 86 (französisch)
Simon Küchler, Vizepräsident Pro Militia, 041 832 12 44 (deutsch)